

+++PresseArchiv+++

Lauterbacher Anzeiger vom 24.02.2007

"Die Gesetze schützen die Bürger nicht" Volles Haus beim Info-Abend der Bürgerwelle zum Thema "Gesundheitsgefahren durch Mobilfunkanlagen in Lauterbach"

LAUTERBACH (er). Damit hatte die Bürgerwelle Lauterbach nicht gerechnet, denn schon vor dem offiziellen Beginn der Informationsveranstaltung zum Thema "Gesundheitsgefahren durch Mobilfunkanlagen in Lauterbach" war der Saal des Posthotels Johannesburg bis auf den letzten Platz besetzt.

Vorsitzender Klaus Euler stellte den Referenten Siegfried Zwerenz, 1. Vorsitzender der Bürgerwelle Deutschland aus Tirschenreuth in der Oberpfalz, vor. Der Heilpraktiker und Baubiologe beleuchtete die Problematik anhand von Dias, Folien und Übersichten. Formeln und spezielle Begriffe versuchte er, allgemeinverständlich darzustellen.

Zwerenz stellte fest, dass die Bürgerinitiative nur mit Fakten arbeite und dass die vorhandenen Gesetze die Bürger nicht schützten. Im Gegenteil, sie ermöglichten, dass immer mehr gesundheitsgefährdende Mobilfunkstationen gebaut werden könnten. Für die Strahlung gebe es nur gesetzliche Grenzwerte, die aber nur die thermischen Wirkungen berücksichtigten. Dies bedeute aber nur einen Schutz vor Hitzestress. Und dieser Schutz werde in der Regel in zwei bis zehn Meter Abstand von der Mobilfunksendeantenne eingehalten, stellte der Referent fest.

Der "künstliche Strahlencocktail" wachse und wachse. Schon geringe Leistungen der Strahlung führten zu medizinischen Beeinträchtigungen von Menschen und Tieren. "Die Grenzwerte sind liederlich und fahrlässig", habe Prof. Siegfried Knasamüller von der Universität Wien festgestellt. Schon geringe Leistungen führten zu medizinischen Beeinträchtigungen. Die Strahlung von mobilen Telefonen bewirke, so Prof. Leif Salford von der schwedischen Universität Lund laut Zwerenz, das Öffnen der Blut-Hirn-Schranke. Dies mache es vielen Giften leichter, in das Gehirn zu gelangen. Zerstörte Nervenzellen könnten zu neurologischen Störungen wie Vergesslichkeit, Schwachsinn, Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Konzentrations- und Gedächtnisstörungen, Herzrhythmus-, Potenz- und Fruchtbarkeitsstörungen oder Alzheimer führen. Salford habe 2003 mit seiner Studie erstmals Beweise vorgelegt, dass athermische Mikrowellen-Expositionen Neuronenschäden verursache.

Allerdings gebe es unter den Wissenschaftlern Streit bezüglich des Beweises von Schädigungen. Eine Unschädlichkeit könne nicht bewiesen werden, stellte der Referent fest. Auch wenn die Wissenschaft nichts gefunden habe, heiße dies nicht, "dass an dem Problem nichts dran ist". Selbst bei Leistungen, die 20 000-fach unter denen eines Handys liegen, versage die Blut-Hirn-Schranke. Diese Leistungen würden von schnurlosen Heimtelefonen nach dem DECT-Standard und auch bei Mobilfunkstationen noch in großem Abstand erreicht. Mit einem solchen Telefon habe man eine Mobilstation zu Hause, stellte Zwerenz fest, die rund um die Uhr gepulste Hochfrequenz abgebe, auch wenn niemand telefoniere.

Handys würden zu 60 Prozent von Kindern und Jugendlichen benutzt, was man ihnen aus gesundheitlichen Gründen eigentlich verbieten sollte.

"Die Industrie manipuliert die Wissenschaft", stellte Zwerenz fest, denn die Hochfrequenzforschung werde fast ausschließlich von der Industrie bezahlt. Andererseits schlugen immer mehr kritisch eingestellte Ärzte Alarm. Im "Bamberger Ärzte-Appell" fordern 130 Ärzte "keinen weiteren Ausbau der Mobilfunktechnologie".

Die Grenzwerte, so Zwerenz, stammten von der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICNIRP), eine Nichtregierungs-Organisation, die jedoch fehlerhaft seien. Bedenklich sei, dass diese "Fachleute" auch im Bundesamt für Strahlenschutz vertreten seien.

Zwerenz ging auch auf den E-Plus-Mast in Blitzenrod und auf die Ausschusssitzung ein und zeigte auf, dass man sich durchaus wehren könne. So sei nach entsprechender Klage in Bayern ein solcher Mast demontiert, die Landwirte seien entschädigt worden. Solange der Gesetzgeber versage, sei es Pflicht jedes Bürgers, sich zu wehren. Neue Fakten müssten vorgebracht und beachtet werden als Zeichen von Stärke.

In der Diskussion, die relativ sachlich geführt wurde, machte Zwerenz klar, dass eine deutliche Entlastung entstehe, wenn der Mast in Blitzenrod einen Kilometer versetzt werde, denn aus gesundheitlichen Gründen müsse der Standort verändert werden.

Der Vorsitzende der CDU-Stadtfraktion, Jens Mischak, verwahrte sich gegen die Vermischung von Hubrettungsbühne und Funkmast und machte klar, dass die Bürgerwelle Lauterbach in die Beratungen mit einbezogen werde. Er verwies auf die Schwierigkeiten durch den Landes- und Bundesgesetzgeber und stellte fest: "Wir wollen Lösungen finden." Auch Claudia Blum, die SPD-Vorsitzende, und Klaus Schönfeld traten für ein gemeinsames Vorgehen ein.

+++++

+++ Bürgerwelle Lauterbach +++ Sonnenweg 43, 36341 Lauterbach +++
Ansprechpartner: Klaus Euler +++ Telefon (06641) 5816, Fax (06641) 918 884 +++
Internet: www.buergerwelle-lauterbach.de +++ eMail: info@buergerwelle-lauterbach.de

Wer ist die Bürgerwelle? Die Bürgerwelle ist ein Zusammenschluss von Bürgern in Lauterbach, die dafür eintreten, dass keine Mobilfunkanlagen in Wohngebieten und sensiblen Bereichen wie Kindergärten, Altenheimen und Schulen errichtet werden. Die Bürgerwelle fordert, dass die Stadt Lauterbach eine intelligente und gesundheitlich unbedenkliche Standortpolitik für Mobilfunkanlagen betreibt.

+++++